



*Liebe Leserinnen und Leser,
in dieser Ausgabe dreht sich fast alles um Wahlen: Natürlich die
Kommunalwahlen und unsere Kandidaten für die Rathäuser; die
Landtagswahlen nächstes Jahr und warum Heeseberger sich hier neu orientieren
müssen; die CDU-Bundesvorstandswahlen sowie das Thema, als DDR-Bürger
keine echte Wahl gehabt zu haben. Jetzt haben Sie die Qual der Wahl, mit welchem
Artikel Sie zuerst beginnen. Viel Freude wünscht Ihre,*

Veronika Bode

Ohne Moos nix los? Was tun gegen die klamme Kassenlage der Kommunen?

Die Kommunen in Niedersachsen stecken in der schwersten Finanzkrise seit Jahrzehnten. Massive Defizite, steigende Kassenkredite und nicht ausgeglichene Haushalte prägen die Lage in Städten, Gemeinden und Landkreisen. Hauptursachen sind explodierende Sozial- und Jugendhilfekosten, steigende Schulträgerausgaben, hohe Personalkosten infolge bundesgesetzlicher Aufgabenübertragungen sowie ein unzureichender kommunaler Finanzausgleich.

Gleichzeitig verschärft die Landesregierung die Situation durch ein unausgewogenes Finanzausgleichsgesetz, das Rücklagenhorten auf Landesebene und einen unübersichtlichen Förderdschungel. Die kommunale Handlungsfähigkeit und damit auch das Vertrauen in Staat und Demokratie geraten zunehmend in Gefahr.

Wir als CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag sind der Überzeugung: Die Kommunen sind Rückgrat und Motor unserer Demokratie und müssen wieder handlungsfähig werden. Das Land steht in der Pflicht, seiner verfassungsrechtlichen Verantwortung für eine auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen gerecht zu werden. Wir fordern eine dauerhafte und deutliche Aufstockung des kommunalen Finanzausgleichs, die konsequente Anwendung des Konnexitätsprinzips sowie weniger Bürokratie und mehr Vertrauen statt kleinteiliger Förderprogramme.



Foto: Privat.

Fortsetzung: Klamme Kassenlage der Kommunen

Unsere Kommunen stehen finanziell mit dem Rücken zur Wand. Wer starke Kommunen will, muss sie auskömmlich finanzieren und ihnen wieder Luft zum Atmen geben. Statt Rücklagen aufzubauen und einen Förderdschungel zu pflegen, braucht Niedersachsen einen echten Kommunalpakt: mehr Geld über den Finanzausgleich, klare Konnexität und weniger Bürokratie. Nur handlungsfähige Kommunen sichern Vertrauen in Staat und Demokratie.

Hierzu haben wir ein Positionspapier erarbeitet, was Sie [hier](#) einsehen können.



Foto: Canva.

CDU-Landtagsfraktion will Parlamentarischen Untersuchungsausschuss beantragen

Es hört sich an, als wäre der nachfolgende Sachverhalt eine Geschichte aus einem Fernsehkrimi. Leider ist es genau vor unserer Haustür passiert:

Im Zusammenhang mit organisierter Drogenkriminalität und dem größten Kokainfund der europäischen Geschichte steht ein inzwischen wegen Korruption angeklagter Staatsanwalt aus Hannover im Verdacht, interne Informationen an die Drogen-Mafia weitergegeben zu haben.

Er hat zwischenzeitlich Geheimnisverrat und Korruption eingeräumt. Bereits im November 2022 kam es zu einer Durchsuchung bei ihm und die Hausleitung des SPD-geführten Justizministeriums wurde informiert.

Die Auswertung der sichergestellten Handys und Datenträger hat u.a. eine Vermischung dienstlicher und privater Inhalte ergeben. Dennoch blieb der betroffene Staatsanwalt nahezu zwei Jahre weiter im Dienst und war bis August 2024 sogar noch in hochsensiblen Betäubungsmittelverfahren tätig. Am 18. Februar 2026 unterrichtete Justizministerin Wahlmann nach 15 Monaten erstmals persönlich im Rechtsausschuss.



Foto: CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag.

Fortsetzung: Untersuchungsausschuss

Verstöße gegen Berichtspflichten

Dabei räumte sie ein: Verstöße gegen Berichtspflichten; dass man den inzwischen angeklagten Staatsanwalt nicht nur unmittelbar aus der zuständigen Abteilung hätte herausnehmen müssen, sondern ihm vorläufig auch die Ausübung der Dienstgeschäfte hätte untersagen müssen und dass es falsch gewesen sei, die eigene Staatsanwaltschaft gegen den beschuldigten Staatsanwalt ermitteln zu lassen.

Landtag wurde nicht vollständig unterrichtet

Zudem wurden widersprüchliche dienstliche Erklärungen des Staatssekretärs auf der einen und der heutigen Generalstaatsanwältin auf der anderen Seite über wichtige Inhalte einer zentralen Besprechung bekannt. Gleichzeitig steht fest, dass der Landtag im November 2024

nicht vollständig und wahrheitsgemäß unterrichtet wurde. Nach Artikel 24 der Niedersächsischen Verfassung ist die Landesregierung verpflichtet, das Parlament umfassend zu informieren. Vor diesem Hintergrund hat die CDU-Landtagsfraktion beschlossen, im April-Plenum 2026 die Einsetzung eines 26. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) „Justizskandal Wahlmann“ zu beantragen.

Zum Hintergrund: Was ist ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss?

Ein PUA ist das schärfste Kontrollinstrument des Landtages und er richtet sich nicht gegen die Justiz. Er dient der Justiz. Er dient den vielen Staatsanwältinnen und Staatsanwälten, Richterinnen und Richtern sowie Justizbeschäftigten im Land, die tagtäglich mit Integrität arbeiten. Und er dient den Bürgerinnen und Bürgern, die erwarten dürfen, dass politische Verantwortung übernommen wird und aus Fehlern Konsequenzen folgen. Ein solcher Vorgang erschüttert das Vertrauen in die Integrität der Strafverfolgung insgesamt.

Ihre Meinung ist mir wichtig:

Wählen Sie das nächste Thema für “Vronis Feder”

HIER ABSTIMMEN

☎ 0 53 51/ 42 46 19

✉ info@veronikabode.de

📷 @veronika_bode.mdl

📘 @VeronikaBodeMdL

V.i.S.d.P.: Veronika Bode MdL

Wahlkreisbüro

Maschweg 2

38350 Helmstedt

Wahlkreisreform bläht Landtag auf und untergräbt das Vertrauen in faire Regeln

Über die bereits an dieser sowie anderer Stelle viel berichtete rot-grüne Wahlkreisreform ist leider im März-Plenum des Niedersächsischen Landtags entschieden worden. Ich sage ganz klar: Diese Entscheidung ist ein Fehler.

Aufgeblähter Landtag droht

Diese Wahlkreisreform bläht den Landtag auf und untergräbt das Vertrauen in faire Regeln. Denn statt weniger haben wir zukünftig sogar mehr Wahlkreise. Rot-Grün hat sie von 87 auf 90 erhöht. Mehr Wahlkreise bedeuteten mehr Komplexität und mehr Überhang- und Ausgleichsmandate. Schon jetzt hat der Landtag 146 statt der vorgesehenen 135 Sitze. Bei den von Experten dann erwarteten 180 (!) Abgeordneten (durch Überhang- und Ausgleichsmandate) ergeben sich folgende Mehrkosten laut Bund der Steuerzahler: 307 000 Euro pro Mandat ergeben gut 10 Mio Euro pro Jahr und 52 Mio Euro mehr in der kommenden Legislatur. Geld, das bei Schulen, Polizei und Infrastruktur fehlt.

Was das für den Wahlkreis Helmstedt heißt

Besonders enttäuschend ist, dass die Samtgemeinde Heeseberg aus dem Wahlkreis 8, der deckungsgleich mit dem Landkreis Helmstedt ist, herausgerissen wird. Künftig wählen die Heeseberger ihre Landtagsabgeordneten im Wahlkreis Wolfenbüttel-Süd/Salzgitter!

Die Proteste aller hauptamtlichen Bürgermeister und dem Landrat und sogar die klare Resolution des Kreistages wurden von SPD und Grünen im Land schlicht ignoriert. So geht man nicht mit gewachsenen Strukturen und berechtigten Anliegen aus der Region um. Daher hat die CDU-Landtagsfraktion die Reform abgelehnt. Vertreter von SPD und Grünen aus dem Wahlkreis Helmstedt haben hingegen zugestimmt.



Foto: Privat.

Besuch des Landvolkes Braunschweiger Land im Niedersächsischen Landtag

Auf Einladung der Braunschweiger Gruppe der CDU-Landtagsfraktion Niedersachsen konnten Vertreterinnen und Vertreter des Landvolks Braunschweiger Land am 17. Februar 2026 den Niedersächsischen Landtag besuchen.

Gemeinsam mit dem agrarpolitischen Sprecher Dr. Marco Mohrmann, Hartmut Moorkamp sowie Katharina Jensen stellte ich die aktuellen agrarpolitischen und parlamentarischen Initiativen der CDU-Landtagsfraktion vor. In einem offenen Austausch wurden zahlreiche Anliegen und Fragen der Gäste aufgegriffen.

Diese Themen standen auf der Agenda

Im Mittelpunkt des Gesprächs standen insbesondere die neue Düngegesetzgebung, die geplante Ansiedlung der Firma McCain im Landkreis Peine, das Niedersächsische Agrarstruktursicherungs- und Agrarstrukturverbesserungsgesetz (NASVG), der Niedersächsische Weg, die Auflagen in Wasserschutzgebieten, die Umsetzung des Jagdrechts beim Wolf sowie die Abwasserverregnung im Hinblick auf die EU-Verordnung.

Als christdemokratische Vertreterinnen und Vertreter nehmen wir als übergeordnetes Fazit aus dem Termin mit: Wir brauchen eine Agrarpolitik mit Augenmaß, die Natur- und Umweltschutz selbstverständlich ernst nimmt, gleichzeitig aber praxistauglich bleibt und wirtschaftliche Tragfähigkeit sichert. Der direkte Austausch mit der landwirtschaftlichen Praxis bleibt dafür unverzichtbar.



Volksbund: Staffelstab übergeben!

Der **Bezirksverband Braunschweig des Volksbundes Niedersachsen** hat mit **Andreas Schönhöft** einen neuen Bildungsreferenten! Er löst damit Dr. Rainer Bendick ab, der in Hannover verabschiedet wurde.

Rainer Bendick hat in der Bildungsarbeit des Volksbundes große Verdienste geleistet.

☎ 0 53 51/ 42 46 19

✉ info@veronikabode.de

📷 [@veronika_bode.mdl](https://www.instagram.com/veronika_bode.mdl)

📘 [@VeronikaBodeMdL](https://www.facebook.com/VeronikaBodeMdL)

V.i.S.d.P.: Veronika Bode MdL
Wahlkreisbüro
Maschweg 2
38350 Helmstedt

NEWSLETTER

AUS DEM WAHLKREIS



Ausgabe Nr. 01/2026

Fortsetzung: Volksbund

Auch im Landkreis Helmstedt hat er zahlreiche Spuren hinterlassen; auf seine Initiative und durch seine Unterstützung wurden in Zusammenarbeit mit unseren Schulen eine Reihe von Erinnerungstafeln erarbeitet. Auch haben mich beispielsweise seine Projekte mit dem Gymnasium am Bötschenberg schwer beeindruckt. Andreas Schönhöft möchte diese Zusammenarbeit mit den Schulen gerne fortsetzen und ausweiten. Als stellvertretende Landesvorsitzende des Volksbunds werde ich seine Arbeit natürlich gern unterstützen. Unseren Schulen rufe ich zu, auf die Kompetenzen unseres neuen Bildungsreferenten gern zurückzugreifen. Gern stelle ich auf Wunsch einen Kontakt her.



Foto: Privat.

Volle Unterstützung für Wittich Schobert!

Es ist offiziell: Der CDU-Stadtverband Helmstedt hat am 28. Januar 2026 Bürgermeister Wittich Schobert erneut mit überwältigender Mehrheit zu seinem Kandidaten für die kommende Bürgermeisterwahl aufgestellt. Dieses starke Votum ist ein klares Zeichen des großen Vertrauens und der breiten Unterstützung innerhalb der Partei.

Wofür Wittich Schobert steht

Seit 2011 steht der ehemalige Landtagsabgeordnete an der Spitze der Stadt Helmstedt und setzt sich mit großem Engagement und Verlässlichkeit für die Belange der Bürgerinnen und Bürger ein. Ob Bildung, Wirtschaft, Sicherheit und Ordnung, Menschlichkeit oder Umwelt – sein Anspruch ist eine Politik, die alle Menschen mitnimmt und unsere Stadt verantwortungsvoll weiterentwickelt.

Ich stehe voll hinter Wittich. Seine Erfahrung, seine Bodenständigkeit und sein klarer Kompass für die Entwicklung der Stadt Helmstedt machen ihn zum richtigen Kandidaten.



Foto: Privat.

☎ 0 53 51/ 42 46 19

✉ info@veronikabode.de

📷 @veronika_bode.mdl

📘 @VeronikaBodeMdL

V.i.S.d.P.: Veronika Bode MdL
Wahlkreisbüro
Maschweg 2
38350 Helmstedt

Beharrlichkeit zahlt sich aus: Lehrerin darf Abiturienten weiter begleiten

In den vergangenen Monaten habe ich mich intensiv für eine pragmatische Lösung am Gymnasium am Bötschenberg eingesetzt – mit Erfolg: Die Lehrerin Charlotte Schwarz kann ihren Englisch-Leistungskurs nun bis zum Abitur weiterführen.

Was war das Problem?

Ausgangspunkt war die besondere Situation von Frau Schwarz, die sich seit 2020 im Altersteilzeitmodell befindet. Ihre aktive Unterrichtsphase sollte planmäßig zum 31. Januar 2026 enden. Da die Abiturprüfungen jedoch bereits in ihre passive Phase fallen, hätte sie ihren Leistungskurs eigentlich nicht mehr unterrichten dürfen. Das Regionales Landesamt für Schule und Bildung lehnte eine Weiterbeschäftigung zunächst ab.

Nachdem sich Frau Schwarz an mich gewandt hatte, habe ich den Fall aufgegriffen und mich in mehreren Schreiben an Kultusministerin Julia Willie Hamburg gewandt. Mein Ziel war klar: Eine verlässliche und praktikable Lösung für die Schülerinnen und Schüler zu erreichen. Gerade kurz vor den Abiturprüfungen hätte ein Lehrerwechsel in einem Leistungskurs für große Verunsicherung gesorgt.

Wir brauchen erfahrene, engagierte Lehrkräfte

Ich bin überzeugt: Gerade in Zeiten des Lehrkräftemangels dürfen wir das Engagement erfahrener Lehrkräfte nicht ausbremsen. Wenn eine Pädagogin bereit ist, Verantwortung zu übernehmen und ihren Kurs bis zum Abschluss zu begleiten, sollte Politik alles daransetzen, flexible und rechtssichere Wege zu ermöglichen.

Umso mehr freue ich mich, dass gemeinsam mit dem Kultusministerium ein gangbarer Weg gefunden wurde. Für das Gymnasium bedeutet die Entscheidung Planungssicherheit – und für die Abiturientinnen und Abiturienten wichtige Kontinuität in der entscheidenden Phase vor ihren Prüfungen.



Helmstedt Helau!

Am 18. Februar 2026 war es wieder soweit: Der alljährliche Politische Aschermittwoch des CDU Stadtverbandes Helmstedt bildet den Abschluss der Karnevalssaison und läutet die nun beginnende Fastenzeit ein. Im Helmstedter Schützenhaus durfte die Vorsitzende Kathleen Radeck an diesem Abend als Gastredner CDU-Landes- sowie Fraktionsvorsitzender Sebastian Lechner MdL begrüßen. Ein sehr gelungener Abend mit vielen positiven Gesprächen. Auch der Austausch zur bevorstehenden Kommunalwahl 2026 mit einigen HVB-Kandidaten kam dabei nicht zu kurz.



Foto: Privat.

Freiheit ist nicht selbstverständlich

Am 25. Januar 2026 lud ich zu einem wichtigen Zeitzeugengespräch ein, das bei über 70 Teilnehmenden auf großes Interesse stieß. „*Verraten und verkauft. Eine Fluchtgeschichte*“ ist der Titel des Vortrags von Michael Teupel, der eindrucksvoll über seinen gescheiterten Fluchtversuch aus der DDR im Jahr 1980 berichtete.

Zum Werdegang Michael Teupels

Teupel war damals gerade 18 Jahre alt. Er schilderte, wie er durch die Stasi verhaftet wurde und anschließend zu zwei Jahren Haft durch die DDR-Justiz verurteilt wurde. Die Haft sollte er im Zuchthaus Brandenburg-Görden verbüßen, bevor er noch vor Ablauf der Haftzeit von der Bundesrepublik Deutschland freigekauft wurde.

Sehr anschaulich beschrieb der Vortragende die konkreten Ereignisse rund um seine Flucht, die Verhaftung und die Haft sowie die langfristigen persönlichen Folgen der politischen Verfolgung. Sein Bericht machte deutlich, welchen massiven psychischen Belastungen auch junge Menschen im repressiven System der DDR ausgesetzt waren.

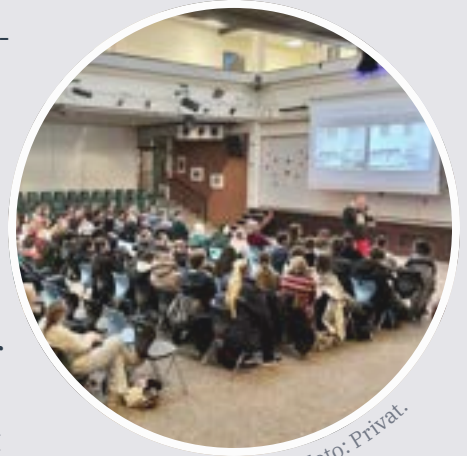


Foto: Privat.

Fortsetzung: Zeitzeugengespräch

Weitere Betroffene im Publikum

Unter den Teilnehmenden der Veranstaltung waren weitere Betroffene, die die Schilderungen bekräftigten und über eigene Erfahrungen berichteten.

Anschließend richteten sich unter anderem an die Haftbedingungen in der DDR, die Rolle der Staatssicherheit sowie dem persönlichen Umgang mit dem erlebten Unrecht nach dem Ende der SED-Diktatur.

Vortrag auch an Schulen

Die Anreise des Zeitzeugen wurde mit einem weiteren Vortrag für Jugendliche verbunden. Die rund 120 Schüler vom Julianum und des Gymnasium am Bötschenberg sind heute etwa im gleichen Alter wie Michael Teupel zum Zeitpunkt seiner Verfolgung. Dieser direkte Vergleich der Lebensrealitäten hinterließ einen tiefen Eindruck und regte zu einer intensiven Auseinandersetzung mit Freiheit und Diktatur an.



Foto: Privat.

Dem Unrecht in der DDR ein Gesicht geben

Zeitzeugen wie Michael Teupel geben dem Unrecht der DDR ein Gesicht. Ihre Geschichten sind unverzichtbar für unsere Erinnerungskultur und für die politische Bildung kommender Generationen.

Michael Teupel engagiert sich seit vielen Jahren als Zeitzeuge in der historisch-politischen Bildungsarbeit und ist ehrenamtlich in verschiedenen Opferverbänden aktiv. Zudem war er Initiator der Umbenennung des Helmstedter Bahnhofsvorplatzes in den Fred-Woitke-Platz.

Starke Niedersächsische Beteiligung an der CDU-Spitze

Der CDU-Bundesparteitag hat vier Niedersachsen in den Bundesvorstand der CDU Deutschlands gewählt. Mit Silvia Breher, Sebastian Lechner, Carina Hermann und Vivian Tauschwitz ist der Landesverband der CDU in Niedersachsen weiterhin stark im Führungsgremium der CDU Deutschlands vertreten.

NEWSLETTER (RAUS) AUS DEM WAHLKREIS



Ausgabe Nr. 01/2026

Fortsetzung: Bericht Bundesparteitag

Das ist ein starkes Signal für die CDU in Niedersachsen und zeigt, welches Vertrauen unser Landesverband in der Bundespartei genießt.

Nicht nur personell, auch inhaltlich stark aufgestellt

Bauen muss wieder günstiger, schneller und einfacher werden, dies wurde in unserem Leitantrag deutlich. Zu viele Auflagen, Normen und langwierige Verfahren treiben die Kosten in die Höhe. Genau hier setzen wir an: staatlich verursachte Kosten senken, Genehmigungen beschleunigen, Eigentumsbildung – insbesondere für Familien – erleichtern. Gerade für Niedersachsen als Flächenland ist das von zentraler Bedeutung, denn bezahlbares Wohnen ist eine der großen Fragen unserer Zeit.



Foto: Privat.

Ebenso wichtig: Wir haben klare Regeln zum Schutz von Kindern und Jugendlichen im Bereich Social Media beschlossen. Damit übernimmt die CDU Verantwortung für den digitalen Raum und setzt ein deutliches Signal für mehr Schutz und Verlässlichkeit.

Wichtiges Signal für die Kommunalwahlen in Niedersachsen

Bundespolitischer Rückenwind ist dafür entscheidend. Wir wollen erneut deutlich stärkste Kraft werden. Das drängendste Thema für unsere Städte, Gemeinden und Landkreise bleibt ihre finanzielle Lage. Leistungsfähige Kommunen sind der beste Demokratieschutz – dafür brauchen wir spürbare Fortschritte auf Bundes- und Landesebene.

☎ 0 53 51/ 42 46 19

✉ info@veronikabode.de

📷 @veronika_bode.mdl

📘 @VeronikaBodeMdL

V.i.S.d.P.: Veronika Bode MdL

Wahlkreisbüro

Maschweg 2

38350 Helmstedt

Bundesverdienstkreuz für Dorothea Dannehl

Dorothea Dannehl ist für ihr außergewöhnliches ehrenamtliches Engagement mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet worden. Die Ehrung würdigt mehr als vier Jahrzehnte unermüdlichen Einsatzes für die Menschen im Landkreis Helmstedt und darüber hinaus.

Dorothea hat sich über viele Jahre mit großem Engagement, Sachverstand und Herzblut für unsere Region und für die Rechte sowie Gleichstellung der Frauen stark gemacht. Seit 20 Jahren führt sie die CDU-Kreistagsfraktion im Helmstedter Kreistag. Darüber hinaus ist sie in diversen Ausschüssen, Beiräten, Aufsichtsräten und Gesellschafterversammlungen aktiv. Seit mehr als zwei Jahrzehnten ist sie für die Vereine „Solwodi“ und „Rückenwind“, welche sich für die Rechte von in Not geratenen Frauen mit Migrations- oder Flüchtlingshintergrund einsetzen, tätig. Diese Auszeichnung ist mehr als verdient und ich gratuliere ihr von Herzen.



Foto: Privat

50 Prozent der ukrainischen Geflüchteten haben einen Job

Immer mehr Geflüchtete aus der Ukraine finden in Deutschland Arbeit, wie die **Zeit** und die **Welt** berichten. Rund drei Jahre nach Beginn des russischen Angriffskrieges ist inzwischen etwa jede zweite geflüchtete Person im erwerbsfähigen Alter berufstätig. Das zeigt eine Analyse des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge.

Die Entwicklung zeige, dass Integration Zeit braucht – aber funktioniere. Viele der Geflüchteten hätten zunächst Sprach- und Integrationskurse besucht, bevor sie in den Arbeitsmarkt eingestiegen sind. Positiv wirke sich auch aus, dass Ukrainerinnen und Ukrainer in Deutschland von Anfang an arbeiten dürfen und häufig gut qualifiziert sind.

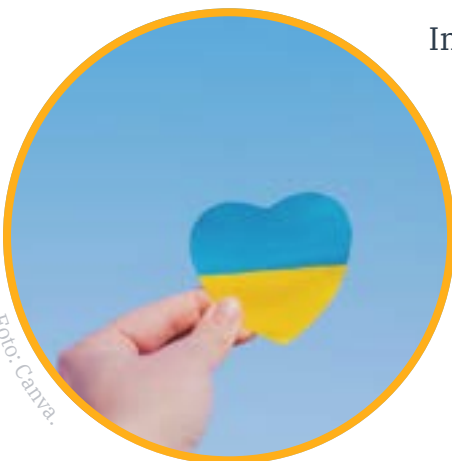


Foto: Canva